



NR°4
November 2016

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Salome Berger

ATOMAUSSTIEG UND STRATEGIE: DIE EVP IST ENKELTAUGLICH

Die EVP Schweiz hat an ihrer 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung am 24. September in Delémont JU die Ja-Parole zur Atomausstiegsinitiative beschlossen. Parteipräsidentin Marianne Streiff sagte in ihrem strategischen Ausblick klar und deutlich, wofür die bald 100-jährige EVP steht und eintritt.

Die Initiative fordert ein Betriebsverbot für AKW sowie eine maximale Laufzeit von 45 Jahren für bestehende Atommeiler. Mit einem vorgegebenen Zeitplan will sie den schrittweisen und geordneten Ausstieg aus der Atomenergie sicherstellen. Mit der Laufzeitbeschränkung für bestehende Atommeiler sollen die vermehrt auftretenden Sicherheitsrisiken vermindert werden. Ein verbindliches Datum für den Atomausstieg soll Sicherheit für Investitionen in die erneuerbaren Energien und in Massnahmen für mehr Stromeffizienz schaffen.

In ihrer Rede zur strategischen Ausrichtung der Partei zeichnete EVP-Parteipräsidentin Marianne Streiff ein zukunftsorientiertes Bild ihrer Partei: «Wenn ich meiner Partei an ihrem 100. Geburtstag im Jahr 2019 ins Gesicht schaue, dann will ich ein aufgewecktes, neugieriges Kind sehen, das voller Hoffnung und Zuversicht mit einem Lachen im Gesicht nach vorne schaut. Ein junger

Mensch, der vertrauensvoll in die Zukunft blickt und ein aufregendes Leben vor sich hat.» Sie sieht die EVP als Partei mit einer ausgewogenen Mittepolitik, die sich nicht starr in ein Rechts-Links-Schema packen lässt. «Wir halten inhaltlich an unseren Schwerpunkten und Werten fest und bringen diese weiterhin glaubwürdig in die politische Diskussion ein. Die Werte Wahrhaftigkeit, Nächstenliebe, Solidarität, Enkeltauglichkeit, Menschenwürde und Frieden prägen unser Denken und unsere Lösungsansätze», so Marianne Streiff.

Die EVP sei bei gesellschaftspolitischen Fragen im besten Sinne des Wortes wertekonservativ, in sozialen Themen eindeutig menschlich-solidarisch und in ökologischen Fragen konsequent enkeltauglich.

VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP
dirk.meisel@evppev.ch

RELIGION UND POLITIK 7

Politisches Symbol oder religiöse Pflicht? – Die Schweiz debattiert über Burka und Niqab.

RENTENSICHERHEIT UND ENKELTAUGLICHKEIT 4 – 5



Die Altersvorsorge 2020 – die Schweiz ringt um das grösste Reformwerk seit Jahrzehnten.

ZIELE UND WEGE DORTHIN 8

Von Zielen und deren Umsetzung – die EVP Schweiz schärft ihre Strategie.

EDITORIAL



Von Augen und Blicken

Vor über 100 Jahren schrieb ein deutscher Augenarzt: «Nichts spielt im Leben eine solche Rolle, wie das Auge und der Blick». Mag sein, dass Sie liebe Akzente-Lesende andere Prioritäten setzen. Sicher ist: Blicke spielen, gepaart mit Mimik und Gestik, eine sehr wichtige Rolle beim ersten Kontakt mit einem Menschen und für den

Eindruck, den ich von ihm gewinne.

Das ist auch mit ein Grund, weshalb ich vor fast 20 Jahren im Berner Kantonsparlament für ein Vermummungsverbot stimmte, das seit 1999 in Kraft ist. Die Diskussion damals war frei von Themen wie Islam, Burka und Zuwanderung.

Eines ist für mich ganz klar geblieben: Ich trete ein für eine Gesellschaft, in der man angstfrei, sicher und offen miteinander umgehen kann und in der alle gleichberechtigt in der Öffentlichkeit auftreten können. Deshalb bin ich gegen jede Art von Vermummung (ausgenommen sind Brauchumschlüsse) und vor allem gegen jeglichen Verhüllungszwang. Lesen Sie in dieser Nummer eine staatsrechtliche Einschätzung sowie Positionen und Statements zum Burkaverbot, das der Nationalrat mit knappem Mehr beschlossen hat. Wo stehen Sie in dieser Frage? Machen Sie sich auf den Weg, sich Ihre Meinung zu bilden, differenziert, fundiert...

Wir unterstützen Sie dabei auch mit dieser Ausgabe des Akzente. Sie finden zudem weitere Beiträge zu den wichtigen Geschäften der Herbstsession. Zum Beispiel eine interessante Auslegeordnung zur Altersreform 2020, an der Maja Ingold in der Kommission mitarbeitete. Spannende Ausgangslagen für die EVP gab es auch bei einigen Kantons- und Gemeindevahlen. Zudem berichten wir über die Strategie 2020 unserer Partei. Ich wünsche Ihnen eine ergiebige Lektüre.

Herzlich Ihre

Marianne Streiff
Präsidentin der EVP Schweiz

EVP AUF SOCIAL MEDIA

www.facebook.com/evppev

[@evppev](https://twitter.com/evppev)

PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 24. September 2016 in Delémont für die Volksabstimmung vom 27. November 2016.

VOLKSINITIATIVE «FÜR DEN GEORDNETEN AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE (ATOMAUSSTIEGSINITIATIVE)» **JA**

O-TON

Artikel mit Lilian Studer, Grossrätin und Parteipräsidentin EVP Bezirk Baden, AG
«Um die junge Generation für die Wahlen und Abstimmungen motivieren zu können, braucht es jüngere Politiker.»
Aargauer Zeitung online vom 14.10.2016

Artikel von Ruedi Baumann über die EVP ZH
«Die Evangelische Volkspartei ist ein Phänomen. Von ihrem Profil her – christlich, sozial, grün – entspricht sie weit mehr Personen als Wählern, die dann tatsächlich die EVP-Liste einwerfen.»
Tages-Anzeiger vom Mittwoch, 24. August 2016

Artikel von Markus Häfliger
«Selbstverständlich soll man auch bei der Entwicklungshilfe Sparpotenzial suchen. Sollte sie am Ende aber der einzige Bereich sein, in dem sich das Parlament zu nennenswerten Einsparungen durchringt, wäre das ein Armutszeugnis. Hier zu sparen, ist für Politiker allzu billig, weil sie in den Südländern ja keine Wähler haben.»
Tages-Anzeiger online vom 08. Oktober 2016

Anzeige

Studium Upgrade

Bachelor- und Master in Theologie BTh/MTh

MARTIN BUCER SEMINAR
Neubrunnenstrasse 21
8302 Kloten
032 513 75 35
info@bucer.ch
www.bucer.ch



Weiterbildung für Pastoren, Theologen, Älteste ...

KOMMENTAR



Der Bundesrat will den Jugendschutz ernst nehmen und die Tabakwerbung z.B. auf Plakaten oder im Kino schweizweit verbieten. Der Ständerat aber will nicht einmal darüber debattieren, weil die Tabakindustrie Verluste erleiden könnte. Denn diese steckt jährlich Millionen in die Tabakwerbung, um nicht zuletzt Kinder und Jugendliche als Raucher-nachwuchs zu rekrutieren. Und das mit Erfolg: Das Risiko, dass Jugendliche mit dem Rauchen beginnen, steigt um 46 Prozent, wenn sie Tabakwerbung ausgesetzt sind. Die Hälfte aller heutigen Raucher hat als Minderjähriger damit angefangen. Jährlich sterben in der Schweiz rund 9500 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums. Damit ist Rauchen die häufigste vermeidbare Todesursache in unserem Land. Und dennoch will eine Ratsmehrheit die Diskussion darüber verweigern, was in der Schweiz mehr zählen soll: Marktliberalismus oder wirksamer Jugendschutz. Dabei geht es noch nicht einmal um die ethische Frage, ob man für tödliche Produkte überhaupt werben darf. Es geht letztlich darum, was uns wichtiger ist: Unbegrenzter Profit oder der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen. Wer den Dialog darüber verweigert, setzt sich dem Vorwurf aus, wirtschaftshörig, leichtfertig, ja sogar zynisch zu sein.

**DIRK MEISEL, LEITER
KOMMUNIKATION EVP CH**
dirk.meisel@evppev.ch

INITIATIVEN

FÜR MEHR POLITIKTRANSPARENZ!

Ein Plakatwald soweit das Auge reicht, aufwändige Kampagnen und Wahlkampf gehören zu wichtigen Abstimmungen und Wahlen. Wer den Abstimmungs- oder Wahlkampf finanziert, kann man häufig erraten, ist jedoch selten wirklich bekannt. So können Interessenverbände oder Einzelpersonen Kampagnen oder Parteien anonym mit Millionenspenden unterstützen, ohne dass diese Verbindung dem Wähler bekannt ist. Damit will die Transparenzinitiative aufräumen: In Zukunft sollen Spenden über 10'000 Franken pro Person für politische Parteien, für nationale Wahlen und Abstimmungen gegenüber der Bundesverwaltung offengelegt und von dieser veröffentlicht werden. Transparenz in der Politikfinanzierung stärkt die direkte Demokratie. So weiss der Bürger bei einer Abstimmung nicht nur, wer das offizielle Pro oder Contra-Komitee anführt, sondern auch, wer die Mittel für den Wahlkampf beisteuert – und damit auch, welche Interessen dahinter stehen. Das stärkt das Vertrauen in die Politik, weil diese transparenter wird und der Stimmbürger weiss, für welche Interessen Politik gemacht wird. Die EVP ist nicht nur im Initiativkomitee sowie im Trägerverein der Initiative vertreten, sondern hat auch 5'000 Unterschriften zugesichert. Die Unterschriftensammlung läuft seit gut einem halben Jahr. Um die nötigen Unterschriften termingerecht zu erreichen, müssen wir jedoch noch einen grossen Effort leisten. Deshalb gilt es nun, die nötigen Unterschriften im persönlichen Umfeld und auf der Strasse zu sammeln. Das Anliegen der Initiative ist einfach verständlich und erfährt grosse Unterstützung. Das macht das Sammeln einfacher. Ideal lässt sich die Unterschriftensammlung zum



**WER STECKT
MILLIONEN
IN DIESE
PLAKAT-
KAMPAGNE?**

Foto: zvg

Helfen Sie mit! Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung.

Beispiel im eigenen Wahlkampf nutzen. Oder – auch immer sehr effizient – die Ortspartei organisiert einen Sammeltag im Ort. In der Gruppe mit mehreren Leuten macht das Sammeln mehr Spass. Die EVP ist optimistisch, dass die 100'000 nötigen Unterschriften für die

Initiative zusammenkommen und dass auch die EVP einen entscheidenden Beitrag dazu leisten kann. Dafür braucht es die Mithilfe und das Engagement jedes Einzelnen von uns!

VON CLAUDIA SCHÜRCH,
PRÄSIDENTIN *JEVP SCHWEIZ
meder.claudia@gmail.com

Anzeige

Ich schaff es Dihei

CHF 60.-

Thomas aus Muotathal spendet CHF 60.- für:
z. B. en Schlaafplatz mit Znacht

Helfen Sie mit!

Jetzt spenden auf www.swsieber.ch oder per SMS DIHEI60 (oder anderer Betrag) an die Nummer 488.

SWS Sozialwerke Pfarrer Sieber
auffangen – betreuen – weiterhelfen

ZEW

DIE BURKA: ZWISCHEN POLITIK UND RELIGION

Soll es in der Schweiz verboten werden, die Burka oder den Niqab zu tragen? Die Diskussion ist in Parlament und Öffentlichkeit lanciert. Impulse dazu von einem Staatsrechtler, einer muslimischen Politologin und der Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam.



Foto: kath.ch

Frau Keller-Messahli, seit wann ist es in islamischen Ländern üblich, sich zu verschleiern?

Wenn die Islamisten heutzutage behaupten, der Schleier oder das Kopftuch seien ein religiöses Gebot für die muslimische Frau, dann betreiben sie Geschichtsfälschung. Das Kopftuch für Frauen war nämlich bereits in der Antike, also lange vor der Entstehung des Islam, ein Thema. Als im Jahr 622 der Islam hinzukommt, erscheint das Thema Schleier / Kopftuch für Frauen nur am Rande, um den sozialen Rang der muslimischen Frau als freie Frau – im Gegensatz zur Sklavin – zu markieren und die freie Frau so vor sexueller Belästigung zu schützen, in einer Zeit da kriegerische Auseinandersetzungen und Unsicherheit herrschten. In einer Gesellschaft, wo es später keine Sklaverei mehr gab und

Frieden herrschte, verlor das Kopftuch seine Bedeutung. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs, also ab den 20er Jahren, bis zu den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts sah man in den islamischen Ländern kaum eine Frau mit einem Kopftuch in der Öffentlichkeit, sogar saudischen Frauen war es erlaubt, im Ausland auf den Niqab zu verzichten.

sowohl das politische Programm der Öl-Monarchien und der Muslimbrüder auf sunnitischer Seite. Die Muslimbrüder wurden von den Wahhabiten unterstützt, um den damals drohenden Laizismus in vielen arabischen Ländern zu bekämpfen. Auf schiitischer Seite haben die Ayatollahs im Iran, im Irak, im Libanon und auch in schiitischen Gemeinschaften

«Ich bin gegen jede Form der Verschleierung der muslimischen Frau, weil es kein religiöses, sondern ein politisches Gebot der Islamisten ist.»

Heutzutage ist jede Form der Verschleierung der Frau, ob Kopftuch, Nikab oder Burka, der Banner des politischen Islams. An diesem Banner wird das Voranschreiten des Islamismus im öffentlichen Raum sichtbar. Die Islamisierung ist

ten in Europa die Islamisierung des Lebens autoritär durchgesetzt.

Sind Sie also für ein Verschleierungsverbot im öffentlichen Raum?

Was die Burka und die Ver-

Saida Keller-Messahli, 59 Präsidentin und Leiterin des «Forums für einen fortschrittlichen Islam», geboren in einer muslimischen Grossfamilie in Tunesien

schleierung des Gesichts betrifft, bin ich absolut für ein Verbot. Es gehört zu unserer Kultur, dass Frauen und Männer gleichgestellt sind und man Menschen und ihr Gesicht im öffentlichen Raum erkennt. Wer in der Schweiz leben will, muss sich an diese Kultur anpassen.

Und Frauen, die sich freiwillig verschleiern wollen?

Die müssen sich auch anpassen. Ich sage das so deutlich, weil die meisten Frauen, die sich komplett verschleiern, Salafistinnen sind und absichtlich provozieren möchten. Es gibt in der Schweiz und in Frankreich mehrere Gruppierungen, die Millimeter um Millimeter dafür kämpfen, ihre Kultur bei uns zu etablieren. Und hier müssen wir einfach klare Grenzen setzen, dass bei uns Frauen und Männer gleich viel wert sind und im öffentlichen Raum alle sichtbar sind.

Aber was ist mit Frauen, die in einer sehr patriarchalen Familie leben? Bleiben sie dann zuhause und sind noch mehr von ihren Männern abhängig?

Die Frauen und ihre Männer sollten mehr gefordert werden: Man darf ihnen mehr Freiheit und Loyalität gegenüber der Gesellschaft zumuten, die ihnen oder ihren Eltern eine neue Chance gegeben hat.



Das Verhüllen des Gesichts trifft in der Schweiz auf eine Kultur, in der Frauen und Männer gleichgestellt sind und in der sich Menschen im öffentlichen Raum mit unverhülltem Gesicht begegnen.

Quelle: Auszüge aus einem Interviewartikel in Wienerin online vom 30.9.2016 mit frdl. Genehmigung von Saida Keller-Messahli. Foto unten: pixabay



Foto: Umbricht

Tobias Jaag, 69
 Prof. Dr. iur. em.
 vormals Lehrstuhl für Staats-,
 Verwaltungs- und Europarecht
 der Universität Zürich, verheiratet,
 3 Kinder

Herr Prof. Jaag, wie beurteilen Sie aus staatsrechtlicher Sicht die Forderung nach einem Verbot der Burka bzw. des Niqab in der Schweiz?

Eine staatliche Regelung, welche die Freiheit der Bürger einschränkt, ist nur zulässig, wenn sie öffentlichen Interessen dient und verhältnismässig ist. Es müsste mit anderen Worten

«Es fehlt ein öffentliches Interesse für ein Verbot.»

ten eine klare Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Sittlichkeit vorliegen, um ein Verbot zu rechtfertigen. Zurzeit ist das Tragen von Burka bzw. Nikab in der Schweiz kein ernsthaftes Problem. Es gibt nur sehr wenige Frauen, die sie tragen. Und die wenigen stellen keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Sittlichkeit dar. Entsprechend fehlt ein öffentliches Interesse für ein Verbot.

Würde ein Verbot gegen die Religionsfreiheit verstossen?

Wie weit das Tragen einer Burka bzw. Nikab religiös motiviert ist, ist meines Wissens umstritten. Selbst wenn dies der Fall wäre, würde ein Verbot nicht gegen die Religionsfreiheit verstossen, wenn es dafür eine genügende gesetzliche



Foto: pixabay

Religiös oder politisch? Die Burka (links) und der Niqab (rechts)

Grundlage sowie ein öffentliches Interesse gäbe und das Verbot verhältnismässig wäre. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, würde das Verbot gegen die Religionsfreiheit oder – falls es sich nicht um eine religiöse Kleidervorschrift handelt – gegen die persönliche Freiheit verstossen.

zu bejahen, wenn es für das Verbot ein wichtiges öffentliches Interesse gibt und dessen Handhabung verhältnismässig ist. Immerhin hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Burkaverbot

in Frankreich als mit der EMRK vereinbar bezeichnet.

INTERVIEW: DIRK MEISEL
dirk.meisel@evppev.ch

POSITION



ELHAM MANEA, 50
 Jeminitisch-schweizerische
 Doppelbürgerin, Privatdozentin
 für Politikwissenschaft an der
 Universität Zürich

Burka und Niqab wurden 2010 vom obersten Islamgelehrten Ägyptens, Scheich Muhammad Tantawi, als «unislamisch» bezeichnet. Der Niqab wurde den islamischen Frauen von wahhabitischen Muftis, also von Fundamentalisten, vorgeschrieben. Die Annahme, dass sich Frauen freiwillig für die Burka entscheiden, halte ich für absurd. Das mag für eine westliche Konvertitin stimmen. Sie

nutzt das Gewand zur Provokation gegen die westliche Gesellschaft, die sie ablehnt. Als ich in Jemen an der Universität als Assistentin lehrte, haben mir viele Studentinnen offenbart: Nur wegen des familiären und sozialen Drucks tragen sie den Niqab. Prinzipiell trete ich für weitere Regeln als nur ein Burka-Verbot ein. Die Schweiz soll klare Grenzen ziehen, Hasspredigern das Handwerk legen und beispielsweise die Al-Nur-Moschee in Winterthur schliessen.

Ob es einen dritten Weg in Sachen Burka-Verbot gibt? Nun: Universitäten, Schulen und Spitäler können ohne eine Änderung der Verfassung mit Hausordnungen klarstellen, dass die Verhüllung des Gesichts in öffentlichen Gebäuden untersagt ist. So können wir uns die leidige Abstimmung sparen und dennoch in gewissen Räumen klar unsere Werte etablieren. Ein unverhülltes Gesicht gehört für mich dazu.

Quelle: Basierend auf einem Interview in reformiert.ch Nr. 9.2 Sept. 2016 mit frdl. Genehmigung von Elham Manea; Foto: Dirk Meisel

VORSTÖSSE



Motion
von Maja Ingold

Mehr Gewicht für die Selbsthilfe

Maja Ingold fordert den Bundesrat auf, der gemeinschaftlichen Selbsthilfe als besonders effizientem Instrument der Krankheitsbewältigung in den nationalen Gesundheitsstrategien höhere Priorität einzuräumen. Zudem soll bei der Mittelzuteilung die Wirksamkeit des Instruments berücksichtigt werden. Sie betont, dass die gemeinschaftliche Selbsthilfe, d.h. die Teilnahme von gleichbetroffenen Personen an Selbsthilfegruppen sowie deren Förderung in vielen gesundheitlichen und sozialen Bereichen, für die Krankheitsbewältigung und Gesundheitserhaltung von grosser Bedeutung ist.

Interpellation
von Marianne Streiff

Zukunft der Psychiatrie

Marianne Streiff kritisiert, dass der Bericht des Bundesrates über die Zukunft der Psychiatrie in der Schweiz u.a. die sozialpsychiatrischen Angebote von Institutionen für Menschen mit Behinderung ausklammert. Diese begleiten rund 11'500 Menschen mit psychischer Beeinträchtigung und leisten damit einen entscheidenden Beitrag zur qualitativ hochstehenden Versorgung dieser Menschen. Ihre erfolgreiche Weiterentwicklung muss jedoch auch sichergestellt werden. Sie bittet den Bundesrat um Stellungnahme.

AUS DEM BUNDESHAUS

MASSENEINWANDERUNG, ALTERSVORSORGE UND ENERGIESTRATEGIE

Im Zentrum der Herbstsession 2016 standen drei Mammutthemen: Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) sowie die Reform zur künftigen Ausgestaltung und Finanzierung der Altersvorsorge. Mit der Energiestrategie 2050 beschloss der Nationalrat zudem den Atomausstieg der Schweiz.

Was die Staatspolitische Kommission (SPK) anfangs September 2016 zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vorgeschlagen hatte, beschloss der Nationalrat in der ersten Sessionswoche. Die Mehrheit stimmte für den „Inländervorrang light“, der mit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU vereinbar ist. Alle Fraktionen mit Ausnahme der SVP stimmten dem Kompromiss zu. In der Schlussabstimmung wurde die Gesetzesänderung mit 126 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Vorgesehen sind nun Massnahmen in drei Stufen: 1. Ausschöpfen des inländischen Arbeitskräftepotenzials, 2. Meldepflicht freier Stellen und 3. Abhilfemassnahmen in Übereinstimmung mit der EU. Einseitige Massnahmen wie Kontingente oder Höchstzahlen sind in der Vorlage des Nationalrates nicht mehr vorgesehen. Damit weicht sie stark vom Vorschlag des Bundesrates

ab, bei Uneinigkeit mit der EU einseitige Schutzklauseln einzuführen. Die Zuwanderungsvorlage löste bereits im Vorfeld viele Emotionen aus und führte zu einer entsprechend hitzigen, siebenstündigen Ratsdebatte. Die einen sprachen von Verfassungsverbruch, die anderen schlicht von der Lösung eines Normenkonflikts. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Neue Regeln für die Integration
Ausländerinnen und Aus-

länder sollen sich in der Schweiz integrieren – darüber ist sich der Nationalrat einig. Es ist richtig, dass Integration eingefordert wird. Aber wenn die Kriterien erfüllt sind, dann soll auch die entsprechende Aufenthaltsbewilligung erteilt werden. Auch für die EVP ist ein möglichst hoher Grad an Integration der Menschen, die ein Teil unserer Gesellschaft sind, ein wichtiges und erstrebenswertes Ziel. Mit 113 Stimmen zu 65 Stimmen bei 5 Enthaltungen



Foto: Dirk Meisel

Stark gefordert für eine menschlich faire, sozial gerechte und enkeltaugliche Politik: Marianne Streiff und Maja Ingold

IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Tobias Jaag, Maja Ingold, Marianne Streiff, Dominik Währy, Claudia Schürch, Ellen Tedaldi (Lektorat)

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

ClimatePartner
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

TERMINE 2016

27.11. Eidgenössische Volksabstimmung

28.11. - 16.12. Wintersession des eidgenössischen Parlaments

02.12. Kantonalparteienkonferenz und Club 1000 Event, Frutigen

03.12. Delegiertenversammlung

AUS DEM BUNDESHAUS

hiess der Rat die Vorlage gut. Dagegen stellte sich nur die SVP. SP und Grüne votierten auch dafür, weil der Nationalrat auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug verzichtete. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

Skeptisch gegenüber Agrar-Subventionen

Geht es nach der Mehrheit im Nationalrat, sollen die Bauern in der nächsten Vierjahresperiode gleich viel Geld vom Staat erhalten wie in der laufenden. Damit jedoch die Bundesfinanzen im Lot bleiben, muss das Wachstum der Bundesausgaben in den kommenden Jahren gedrosselt werden. Da dies in allen Ausgabenbereichen Abstriche erfordert, schlug der Bundesrat leichte Kürzungen in der Landwirtschaft vor. Erfolgen die Abstriche nicht, sollen die Gelder nach der Ständeratskommission im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gespart werden. Solche Abwälzungen sind nicht im Interesse der EVP.

Die Argumente des Bauernverbandes gegen die Kürzung waren wenig fassbar. Der ausgeprägte Agrarprotektionismus sollte aus Sicht von uns Nationalrätinnen nicht noch weiter wachsen. Deshalb sind wir gegenüber den Interessen der Landwirtschaftslobby skeptisch. Es steht ausser Frage, dass unsere Bauern ein anständiges Einkommen erzielen müssen. Vielmehr wollen wir darauf achten, dass die Direktzahlungen für Biodiversitätsförderflächen und Landschaftsschutz erfolgen und nicht für preisstützende Massnahmen.

Ein Kompromiss in der Energiestrategie

Nach der Katastrophe von Fukushima beschloss der Bundesrat, dass in der

Schweiz keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Er erarbeitete die Energiestrategie 2050 und legte sie 2013 dem Parlament vor. Nun wurde die letzte Differenz zwischen National- und Ständerat bereinigt und in der Schlussabstimmung bestätigt. Das Resultat ist ein Paket, in dem einige wichtige Pflöcke eingeschlagen wurden, mit dem aber alle unzufrieden sind. Zwar ist die Energiewende bekräftigt, doch über den Weg dorthin gehen die Ideen auseinander. Auch den energiepolitischen Zielen der EVP genügt das vorliegende Paket nicht, gerade im Hinblick auf die Laufzeiten der AKW oder den Zielkonflikt zum Natur- und Landschaftsschutz. Doch der Wirtschaft und dem Gewerbe war die Versorgungssicherheit so wichtig, dass Nachhaltigkeit und Naturschutz zweitrangig wurden. Das ist die Realität und die Energiestrategie ist der mehrheitsfähige Kompromiss, der Optionen lässt für die Weiterentwicklung von Massnahmen, um die Strategie zu erfüllen.

Debatte der besonderen Art

Das Ziel der EVP für die Reform der Altersvorsorge war von Anfang an klar: Kein Rentenabbau insgesamt! Die vorbereitende Kommission hatte in zahlreichen intensiven Sitzungen ein kompromissfähiges 180-seitiges Konzept aus den Vorschlägen von Bundes- und Ständerat erarbeitet. Die Debatte im Nationalrat führte dann jedoch zu einem unerwarteten und unbefriedigenden Resultat. SVP, FDP und glp setzten sich mit einem unseriösen Schnellschuss-Konzept durch, das 24 Stunden vorher noch gar nicht vorlag. Die Folge: Eine Milliarde Franken Mehrkosten im BVG zu Lasten der Jungen und weniger Verdienenden, keine



Fotos: Dirk Meisel

Die EVP-Nationalrätinnen beim Flashmob der Parlamentarier für die Grüne Wirtschaft: «Lasst mich nicht fallen!»

Erhöhung der AHV zur Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes in der ersten Säule, keine Verbesserung der Ehepaarrenten, dafür eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen, die Vorlage geht jetzt wieder an den

Ständerat. (Mehr zur Altersvorsorge 2020 auf Seite 8).

VON MARIANNE STREIFF
marianne.streiff@parl.ch

UND MAJA INGOLD
maja.ingold@parl.ch

WWW.EVPPEV.CH/
SESSIONSBERICHTE

Anzeige



Sammelschluss
26. November 2016

Aktion Weihnachtspäckli

Machen Sie mit! Auf www.weihnachtspackli.ch finden Sie rund 490 Sammelstellen in der ganzen Schweiz, wo Sie Ihre Päckli abgeben können.

Päckli für Erwachsene

1 kg Mehl, 1 kg Reis, 1 kg Zucker, 1 kg Teigwaren, Schokolade, Biskuits, Kaffee (gemahlen od. instant), Tee, Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), Schreibpapier, Kugelschreiber. Evtl. Ansichtskarten, Kerzen, Streichhölzer, Schnur, Socken, Mütze, Handschuhe, Schal.

Päckli für Kinder

Schokolade, Biskuits, Süssigkeiten (Bonbons, Gummibärchen etc.), Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), 2 Notizhefte oder -blöcke, Kugelschreiber, Bleistift, Gummi, Mal- oder Filzstifte, 2-3 Spielzeuge wie Puzzle, Ball, Seifenblasen, Stofftier, Spielauto etc. Evtl. Socken, Mütze, Handschuhe, Schal.

Bitte packen Sie alle aufgelisteten Produkte in die Päckli! Nur so kommen die Päckli ohne Probleme durch den Zoll und können einfach und gerecht verteilt werden.

In Zusammenarbeit mit

facebook.com/aktionweihnachtspackli

AVC

FR

Christliche Ostmision

HMK

licht im Osten

www.avc-ch.org | www.ostmission.ch | www.hmk-aem.ch | www.tio.ch

EINE ENKELTAUGLICHE REFORM OHNE RENTENABBAU

Die Reform der Altersvorsorge 2020 ist eine der wichtigsten Reformen unseres Landes seit Jahrzehnten. Das 3-Säulenmodell der schweizerischen Altersvorsorge ist weltweit einzigartig. Man bewundert es für seinen hohen Ausbaustandard der sozialen Sicherheit im Alter. Doch der Reformbedarf ist akut.



MAJA INGOLD
EVP-NATIONALRÄTIN ZÜRICH
maja.ingold@parl.ch

Die Lebenserwartung steigt, die Zahl der Rentnerinnen und Rentner mit dem Eintritt der «Babyboomer»-Generation in den Ruhestand ebenfalls. Schon jetzt schreibt die AHV rote Zahlen. Scheitert die Reform, steigt das Defizit der AHV bis 2030 auf jährlich über 7 Milliarden Franken!

Die Reform ist dringend

Die Zahl der Erwerbstätigen wird zudem immer kleiner im Verhältnis zur Zahl der Senioren und Seniorinnen, deren Renten sie finanzieren müssen. Das strapaziert die Generationensolidarität über Gebühr. Es braucht dringend eine möglichst generationengerechte Reform. Sie muss langfristig angemessene Renten sichern, indem sie dafür sorgt, dass der AHV-Fonds dank Mehreinnahmen und Minderausgaben nicht weiter geplündert wird. Praktisch alle Menschen in unserem Land sind früher oder später direkt von den Entscheidungen betroffen, die das Parlament bei der Reform der AHV und den Pensionskassen (2. Säule) fällt.

Kein Rentenabbau!

Das erklärt wichtigste Ziel der Reform: Die Altersrente soll auf dem heutigen Niveau erhalten werden. Um dies zu erreichen, braucht es verschiedenste Ausgleichsmassnahmen, die entstehende Lücken decken. Grossmehrheitlich war man sich im Nationalrat zu Beginn der Debatte in der Herbstsession darüber einig, das «Referenzalter» für alle auf 65 festzulegen – mit flexiblen

Man muss dem Stimmvolk plausibel vorrechnen können, dass die Renten insgesamt nicht sinken. Ein nochmaliges Scheitern wäre schlimmer und für die jungen Generationen belastender als jede auch noch so vorläufige Lösung. Dies vor allem deshalb, weil die Renten auf Grund der gestiegenen Lebenserwartung für eine viel längere Lebensspanne reichen müssen. Und weil den «Babyboomern», die jetzt in Rente gehen, eine sinkende Zahl von

über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge) und eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. SVP, FDP und glp haben sich mit einem völlig anderen Konzept durchgesetzt, das 24 Stunden vor Beginn der Debatte noch nicht einmal vorlag. Es war schon gar nicht fehlerfrei durchgerechnet. Und es griff erneut Elemente auf, die zuvor mit stichhaltigen Begründungen bereits verworfen worden waren.



Die Reform der Altersvorsorge muss ohne Rentenabbau ...

Regelungen für eine Pensionierung zwischen 62 und 70 Jahren. Weitgehender Konsens herrschte auch darüber, dass es steuerliche Mehreinnahmen braucht, die zur finanziellen Balance beitragen. Was Sanierung jedoch konkret heisst, darüber gingen die Vorstellungen auseinander.

Wir EVP-Nationalrätinnen nahmen das Ziel der Reform sehr ernst und orientierten uns daran: Unterm Strich kein Rentenabbau! Die Vorlage muss vor dem Volk mehrheitsfähig sein.

Erwerbstätigen gegenübersteht, die diese mit ihren Lohnbeiträgen finanzieren müssen.

Ernüchternde Monsterdebatte – und wie es weiter geht

Das Ergebnis nach einer knappen Woche hitziger Debatte war ernüchternd: Keine Verbesserung der Renten für Ehepaare, keine Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken als Ausgleich für einen gesenkten Umwandlungssatz, dafür eine Milliarde Franken Mehrkosten im BVG (Bundesgesetz

Dieser über Nacht herbeigeschriebene sogenannte «dritte Weg» kostet rekordhohe 4,5 Milliarden (!) gegenüber 2,9 Milliarden im Ständeratsmodell und geht offenbar vor allem zu Lasten der Jungen und wenig Verdienenden. Ein 34-Jähriger mit 70'000 CHF Einkommen müsste neu 1500 CHF mehr Beiträge als heute zahlen, im Modell des Bundesrates waren es lediglich 168 CHF, in dem des Ständerates 228 CHF! Die Debatten zeigten die wahre Absicht dahinter:

IM FOKUS: ALTERSVORSORGE 2020

Eine bewusste Unterfinanzierung, um die spätere Rentenerhöhung zu rechtfertigen. Gut, dass die jetzigen Gewinner im Nationalrat dann doch nicht das letzte Wort haben werden: Der Ball liegt jetzt wieder beim Ständerat. Er fällt nach Stand der Planung im Dezember weitere Entscheide. Nach dem Differenzbereinungsverfahren zwischen beiden Räten wird dann ein Reformkonzept vorliegen, das voraussichtlich im nächsten Jahr dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden kann.

Wie kann die Reform trotz «roter Linien» gelingen?

Für die Linke kommt eine Kompensation des Rentenausfalls ausschliesslich in der 2. Säule nicht in Frage. Sie bekämpft deshalb jede Reform ohne den AHV-Zuschlag. Die rechte Mehrheit dagegen will von einem Ausbau der AHV nichts wissen. SVP, FDP und glp lehnen den ständerätlichen Kompromiss von 70 Franken AHV-Erhöpfung kategorisch ab. Die Modelle der beiden Ratskammern sind praktisch unvereinbar. Stein des Anstosses ist die «Giesskanne». Mit 70 Franken mehr AHV werden auch und vor allem jene bedacht, die es nicht nötig haben, was auch aus EVP-Sicht ein Schwachpunkt ist. Wer wirklich zu wenig hat, braucht Ergänzungsleistungen. Dafür sind diese da, sie sind bedarfs-

orientiert und so bemessen, dass die Existenz anständig gesichert wird. Die 70 Franken – und hoffentlich auch die Erhöhung des Ehepaarplafonds

re Pièce de Résistance, die schrittweise Erhöhung des Rentenalters, aus EVP-Sicht in Betracht gezogen werden – auch gegen die Empörung der

Kompromiss für eine vernünftige Lösung nicht völlig ausserhalb jeder Reichweite, denn wichtige konstruktive Pflöcke sind eingeschlagen.



Fotos: pixabay

... und vor allem enkeltauglich erfolgen.

– braucht es trotzdem, um die entstehenden Rentenlücken bei bestimmten Einkommenskonstellationen wirklich und wirkungsvoll zu schliessen. Die geringe AHV-Erhöpfung muss vermutlich als Kompromiss zwischen den beiden Lagern in Kauf genommen werden, um das Hauptziel der Vorlage zu erreichen. Dazu müssen sich die Fronten aufweichen und die 70 Franken sollten nicht gleich als sozialpolitischer Sündenfall ausgeschlossen werden.

Rentenerhöhung? – der Zeitpunkt ist entscheidend
Umgekehrt muss das ande-

Linken. Sie ist «logisch», weil eine höhere Lebenserwartung auch eine längere Erwerbstätigkeit nach sich zieht, wenn man nicht einfach zu höheren Lohnbeiträgen oder Steuern bereit ist. Der Zeitpunkt jedoch ist entscheidend. Erst wenn die Wirtschaft den Tatbeweis erbringt, ältere Stellensuchende wirklich einzustellen, gewinnt die Bevölkerung das Vertrauen und stellt sich nicht komplett gegen ein höheres Rentenalter. Das dauert und erfordert einen Wandel der Denkkultur der Arbeitgeber.

Im Sinne eines «der Andere könnte recht haben» liegt der

Die EVP verfolgt weiter das Gesamtziel, durch vollständige Kompensationsmassnahmen die Renten auf heutigem Niveau zu erhalten. Da in zehn Jahren die Schweiz in Europa zusammen mit Frankreich wahrscheinlich das letzte Land ohne Rentenalter über 65 sein wird, ist eine Angleichung nicht tabu. Die EVP setzt sich dafür ein, dass die hochstehende soziale Sicherheit in der Schweiz gewährleistet bleibt. Sie ist offen für Kompromisse, die von der Bevölkerung getragen werden. Und zwar von allen Generationen inklusive unserer Kinder – ganz gemäss der EVP-Leitlinie «Enkeltauglichkeit».

Anzeige

13. und 20. November 2016

SONNTAG DER VERFOLGTEN KIRCHE

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Machen Sie mit!

www.verfolgung.ch

Schweizerische
Evangelische
Allianz

Réseau
évangélique
suisse

SEA, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, Tel. 043 344 72 00, svk@each.ch



SONNTAG
DER VERFOLGTEN
KIRCHE

KT. ZÜRICH



Verjüngungskur zum 100. Geburtstag

Die EVP Zürich feiert im kommenden Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Mit gleich mehreren Personalwechseln kündigte sie am traditionellen Guggeltreffen Ende August pünktlich zum Jubiläum eine veritable Verjüngungskur an:



Johannes Zollinger (links) übergibt das Präsidium im kommenden Frühling an seinen designierten Nachfolger und heutigen Vizepräsidenten, den 49-jährigen Kantonsrat Hanspeter Hugentobler (rechts), so er an der Delegiertenversammlung gewählt wird. Hugentobler ist Geschäftsführer der ERF Medien.



Nationalrätin Maja Ingold (links oben) kündigte ihren vorzeitigen Rücktritt für die laufende Legislaturperiode an. Der Winterthurer Kantonsrat Nik Gugger (oben rechts) rückt nach. Der konkrete Zeitpunkt ist jedoch noch offen.

Ende 2018 verlässt zudem eine Legende das Zürcher EVP-Schiff: Parteisekretär



Peter Reinhard (links) geht nach 43 Jahren im Amt in Pension.

KANTON AARGAU



ALLE WIEDER GEWÄHLT!

Bei den Grossratswahlen im Aargau hat die EVP am 23. Oktober mit einem kleinen Plus von 0,15 Prozent Wähleranteil ihre 6 Sitze im Rat verteidigt. Alle anderen Mitteparteien mussten Verluste hinnehmen. Parteipräsident Roland Bialek: «Dieses Resultat ist besonders erfreulich, da ein

grosser Teil der EVP-Fraktion während der letzten Amtsperiode zurücktrat und neuen Kräften Platz machte. Die Neuen haben sich im Wahlkampf bestens bewährt. Als Kantonalpräsident bin ich sehr erfreut und danke allen Kandidierenden und dem guten Wahlteam für diese starke Leistung.»



Wiedergewählt: Roland Frauchiger, Therese Dietiker, Urs Plüss, Uriel Seibert, Lilian Studer, Christian Minder (nicht im Bild).

KANTON BERN



BERNER WAHLHERBST

Die Bilanz des bisherigen kommunalen Wahlherbstes ist spannend: In Belp verteidigte Susanne Grimm ihren Sitz im Gemeinderat, in Biel Christian Löffel und Franziska Molina die ihren im Stadtrat - Wählerzuwachs in Biel von 3.4 auf 3.9 Prozent! In Interlaken gewann die EVP einen Sitz im Grossen Gemeinderat. Mit Sabrina Amacher und Christof Scheurer (beide neu) sowie Lorenz Schütz stellt sie erstmals drei Parlamentsmitglieder. In Langenthal verpasste Daniel Rüeeggler wegen 12 Listen den Wiedereinzug in den Gemeinderat. Im Stadtrat konnten Daniel Steiner, Rahel Lanz, Anita Steiner und Ruth Trachsel ihre Sitze verteidigen. Die EVP Ostermundigen verpasste den Einzug in den Gemeinderat um 10 (!) Stimmen und verlor trotz gemeinsamer Liste mit der CVP

einen Sitz im Grossen Gemeinderat. Wiedergewählt wurden Renate Bolliger, Silvia Fels und Rahel Wagner. In Schwarzenburg gewinnt die EVP 14 Jahre nach Gründung mit Daniel Rebetez erstmals einen Gemeinderatssitz!

Mit Hans Peter Bach (Frutigen



lks.), Ruedi Löffel (Münchenbuchsee, Mitte) und Niklaus Gfeller (Worb, rechts) treten am 27. November drei EVP-Persönlichkeiten zur Wahl um ein Gemeindepräsidium an. Grossrat Patrick Gsteiger (rechts) kandidiert im Berner Jura als Regierungsstatthalter.



KT. BASEL-STADT



VERTEIDIGT!

Sitz in Riehen mit leichtem Stimmenzuwachs gehalten, aber keine weiteren hinzugewonnen, so die Bilanz der EVP im Kanton Basel-Stadt bei den Wahlen zum Grossen Rat am 23. Oktober. «Wir freuen uns, dass Annemarie Pfeifer auch in der neuen Amtsperiode die EVP im Grossen Rat vertreten wird. Leider gelang es uns trotz intensivem Wahlkampf und gemeinsamer Liste mit der BDP nicht, die hohe Sperrklausel zu knacken, um in den städtischen Wahlkreisen Sitze zu gewinnen und so die Position im Rat zu stärken», so Co-Präsidentin Brigitte Gysin zum Wahlausgang.



Annemarie Pfeifer, Riehen

KT. SCHAFFHAUSEN



KLEINES PLUS

Mit einem kleinen Plus von 0.22% hat die EVP Schaffhausen bei den Kantonsratswahlen vom 25. September 2016 ihren Wähleranteil auf 2.40% gesteigert. «Leider reichte dies nicht für den erhofften zweiten Sitz. Wir freuen uns jedoch sehr, dass der Sitz von Rainer Schmidig in Schaffhausen bestätigt wurde. Auch das wiederum gute Resultat im Chläggi sowie in den beiden neuen Wahlkreisen ist sehr erfreulich», so Co-Präsident Hugo Bossart.



Bestätigt: Kantons- und Grossstadtrat Rainer Schmidig

Fotos: zVg



Helfen Sie, Angehörige christlicher Gefangener zu unterstützen.

Eritrea
des Weltverfolgungsindex

Wir engagieren uns mit lokalen Partnern auf vier Kontinenten: kompetent, vertrauenswürdig, zukunftsweisend.

1.

AVC steht verfolgten Christen bei. Wir geben ihnen eine Stimme und helfen praktisch: mutig, entschlossen, wirksam.

- Einsatz für verfolgte und inhaftierte Christen
- Hilfe für Familien verfolgter und getöteter Christen
- Sensibilisierung für das Thema Christenverfolgung
- Demonstrationen und Unterschriftenaktionen
- Politische Interventionen

2.

AVC hilft Notleidenden. Wir leisten bedürfnisorientierte humanitäre Hilfe: schnell, unbürokratisch, effektiv.

- Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe
- Hungerhilfe, Wasserprojekte
- Waisenhäuser, Kindergärten, Schulen
- Medizinische Hilfe
- Alphabetisierung und Berufsbildung



AKTION FÜR
VERFOLGTE CHRISTEN
UND NOTLEIDENDE

AVC

**klare worte.
starke taten.**

Eritrea. Der Staat am Horn von Afrika hat fünf Millionen Einwohner, 50% überwiegend orthodoxe Christen und 50% Muslime. Die Regierung versucht, sämtliche Lebensbereiche der Bevölkerung zu kontrollieren, auch deren Glauben. Offiziell sind nur Muslime, Katholiken, Eritreisch-Orthodoxe und Lutheraner erlaubt – innerhalb gewisser Grenzen. Mitglieder nicht registrierter Gemeinden werden erbarmungslos verfolgt. Derzeit sind laut USCIRF 1200 bis 3000 von ihnen aufgrund ihres Glaubens in Haft; teils bei brütender Hitze eingepfercht in Containern.

Film | QR-Code
oder auf Website



3.

AVC macht Jesus Christus bekannt. Wir geben die christliche Botschaft weiter: engagiert, respektvoll, mit Herz.

- Aufbau einheimischer Gemeinden
- Förderung lokaler Leiter und Mitarbeiter
- Finanzierung einheimischer Mitarbeiter
- Weitergabe von Bibeln und christlicher Literatur
- Unterstützung christlicher TV-Sender und Websites

Als AVC legen wir Wert auf ganzheitliche Hilfe. Denn nur innere Veränderung führt zu dauerhaft positiv veränderten Umständen.

AVC | www.avc-ch.org

Tel. +41 (0)32 356 00 80

facebook.com/avcschweiz

Postkonto 25-11156-1

UBS Biel CHF39 0027 2272 5267 2842 0

NR° 4
November 2016

AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.
3001 Bern



STRATEGIE



STRATEGIE 2020: VOM RICHTIGEN WEG ZU DEN GEMEINSAMEN ZIELEN

Eine Strategie hat die Aufgabe, die innerhalb einer Organisation meist noch breit akzeptierten Visionen und Zielsetzungen mit den sich oft nicht mehr ganz deckenden Vorstellungen über den Weg dahin abzustimmen. Wenn sie das schafft und auch umgesetzt wird, gehört sie wohl bereits zu den seltenen ihrer Art.

Für den ultimativen Erfolg fehlt ihr dann «nur» noch, dass die angepeilten Ziele auch tatsächlich erreicht werden. Welche Ziele sind nun jedoch die besonders wichtigen und entscheidenden für den Erfolg? Wie werden sie am besten erreicht? Welcher Weg dorthin ist der erfolgreiche? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein und welche Ressourcen braucht es dafür? Alles Fragen, die nicht einfach so zu beantworten sind und deren Antworten sich oftmals erst Jahre später als richtig oder falsch erweisen. Keine Organisation kommt jedoch darum herum, über ihre Strategie mindestens nachzudenken. Auch für die EVP bedeutet das, dass sie sich strategische Gedanken machen muss.

Klares Parteiprogramm als Basis

Um sich einen Überblick über die Zielsetzungen der EVP zu verschaffen, wirft man am besten einen Blick ins Parteiprogramm. Es beinhaltet konkrete politische Forderungen, die sich in 17 Themenbereiche gliedern. Damit ist es

die entscheidende Basis und Grundlage für das Wirken der EVP als Organisation, aber auch für alle EVPler als Mitglieder, Wähler und Politiker. Die EVP steht für eine enkeltaugliche, ausgewogene und verlässliche Mittepolitik, die geprägt ist von Wahrhaftigkeit, Nächstenliebe, Solidarität und Frieden. Als politische Partei ist es unser Ziel, unsere Forderungen erfolgreich in konkrete Politik umzusetzen. Hierfür müssen wir sie in Parlament und Öffentlichkeit überzeugend bekannt machen und für das wahrgenommen werden, wofür wir stehen.

Strategie als Konkretisierung

Um aus den bestehenden Möglichkeiten und Mitteln das Beste herauszuholen, braucht es eine Konkretisierung der bereits vorhandenen Zielsetzungen. So könnte es uns zum Beispiel helfen, wenn wir eine inhaltliche und zeitliche Priorisierung der bestehenden Forderungen vornehmen und uns auf diejenigen fokussieren, die wir in einer bestimmten Phase konkret umsetzen wollen. Und wir könnten uns überlegen, wann wir unsere

zentralen Ressourcen eher in die Breite (also mehr Mitglieder und Parteisektionen) oder in die Tiefe (politisch inhaltliche Arbeit, z.B. Vernehmlassungen) investieren. Auch dürfen wir uns fragen, ob wir effizient zu Entscheidungen kommen und ob wir unsere verfügbaren Ressourcen und Wissensträger optimal für die Parteiarbeit nutzen.

Ziele und die Wege dorthin als Resultat

Die Parteileitung hat sich vorgenommen, genau diese Fragen noch in diesem Jahr intensiv zu diskutieren und Antworten darauf zu finden. Als Resultat sollen konkrete Zielsetzungen für die nächsten 3-5 Jahre formuliert werden, an denen sich die Organisation und insbesondere auch das Generalsekretariat ausrichten und messen kann. In der Folge gilt es dann, konkrete Projekte und Massnahmen aufzugleisen, um diese Ziele auch zu erreichen.

VON DOMINIK WÄHRY,
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ
dominik.waehry@evppev.ch